Für eilige Leser

am Dienstag morgen.

Nordwestlich von Béthune scheiterte ein feindlicher Versuch, über den La-Bassée-Kanal vorzudringen, im deutschen Feuer.

Nördlich von Albert erbeuteten unsere Truppen 22 Minenwerfer und einige Maschinengewehre.

Südwestlich von Altkirch machten unsere Truppen bei einem Erkundungsvorstoß Gefangene.

Unsere Unterseeboote versenkten neuerdings 15 000 Tonnen feindlichen Handelsschiffsraum.

Der „Zür. Tages-Anz." meldet den Beginn der teilweisen Räumung von Paris.

Die englischen Verlustlisten vom 1. bis 11. April weisen insgesamt 213 864 Namen auf.

Nach einer Meldung aus Haparanda haben die Roten Gardisten in Finnland ihren Kriegsminister Haapalainen ermordet.

Der Deutsche Reichstag beschäftigte sich in seiner Sitzung am Montag mit dem Etat der Reichseisenbahnen.

Das am 31. März abgelaufene deutsch-holländische Wirtschaftsabkommen ist erneuert worden; Holland liefert im Austausch gegen Kohlen und Holz Lebensmittel.

Die Zweite Kammer des sächsischen Landtags beriet am Montag u. a. über das staatliche Kohlenbergbaurecht.

Das große Los der Sächsischen Landeslotterie fiel am Montag auf Nr. 47144.

Wetteransage der amtl. sächs. Landeswetterwarte: Meist trüb, keine wesentliche Temperaturänderung, zeitweise Niederschläge.

---

doch alle Ursache. Daß unsere Feinde solche Stockungen ausnutzen würden, um alles daran zu setzen, die Stimmung bei uns zu drücken und die Stimmung im eigenen Lande zu erhöhen, ist erklärlich. Für uns liegt kein Anlaß vor, ihnen den Gefallen zu tun. Wenn sich bei uns hier und da Ungeduld über die augenblickliche Pause in unseren Erfolgen zeigt, so ist das auf gewisse, aus den bisherigen großen Erfolgen hergeleitete Schlüsse in bezug auf weitere ununterbrochene Fortschritte zurückzuführen. Auch die feindliche Presse hat dazu beigetragen, indem sie diesen oder jenen wichtigen Punkt als unmittelbar gefährdet bezeichnet, um zu veranlassen, daß Verstärkungen dorthin gezogen würden.

Um die Größe der uns gestellten Aufgabe zu würdigen, muß die Ausdehnung der Westfront in Betracht gezogen werden. Frankreich steht im Mittelpunkte des Widerstandes, unter Anlehnung im Norden an die Engländer, im Süden an die Italiener. Wir haben die Feinde durch die von uns gewählten Angriffspunkte gefesselt und sie der Möglichkeit einer Offensive beraubt. Durch unseren Einbruch in die feindlichen Stellungen haben wir die Feinde aus ihrer starkbefestigten Stellung geworfen, und sie müssen nun die ausgebauten Stellungen durch Menschen ersetzen. Fochs Reserven werden mehr und mehr geschwächt, da sie Foch immer an die gefährdeten Punkte senden muß. Der Feind ist nicht in der glücklichen Lage wie wir, Pause machen zu können. Unsere Heeresleitung hat dafür gesorgt, daß er nicht zu Atem kommen kann, während wir uns in Ruhe auf neue Offensivstöße vorbereiten können, von denen der Feind nicht weiß, wo sie einsetzen werden.

Teilweise Räumung von Paris.

(Eigene Drahtmeldung.)

b. **Zürich**, 22. April. Der „Tages-Anzeiger" meldet aus Paris den Beginn der teilweisen Räumung von Paris. Infolge der Fortdauer der Beschießung sollen zunächst hunderttausend Einwohner nach auswärts gebracht werden.

Paris, 22. April. (Agence Havas.) Das weittragende Geschütz setzte am Sonntag die Beschießung von Paris fort. Es sind keine Opfer zu verzeichnen. (WTB.)

Französische Zukunftsbetrachtungen.

b. **Kopenhagen**, 22. April. (Eig. Drahtmeld.) „Journal des Débats" schreibt: Als Ziel der deutschen Offensive sehe man nur drei Möglichkeiten: Entweder sammeln die Deutschen alle Kräfte, um die Ypernfront zu durchbrechen und die Niederlage von 1914 zu rächen; und die Folgen eines deutschen Sieges dort wären in der Tat sehr ernst; oder sie legen die Kämpfe an der Ysa und vor Ypern fort und gestalten die Schlacht zur Aufreibungs- und Vernichtungsschlacht; oder ein deutscher Angriff findet auf einem neuen Frontabschnitte statt, den man hier nicht in Einzelheiten bestimmen könne.

Diese militärische Betrachtung des „Journal des Débats" steht genau auf der Höhe jener berühmten Wetterregel: „Kräht der Hahn auf dem Mist, so ändert sich's Wetter oder es bleibt, wie es ist."

Französische Lügen über deutsche Verluste.

Berlin, 22. April. Der französische Nachrichtendienst vom 20. d. M. versucht wieder einmal, durch Hinweis auf die angeblichen deutschen Verluste die niedergedrückte Stimmung des Landes über die neueste englische Niederlage an der Lys zu heben, zumal auch diesmal wieder französische Divisionen dort schwer bluten mußten. Ungeschickterweise führen die Franzosen aber hierbei die angeblich vernichteten Divisionen und Regimenter mit Namen auf. Dadurch ist es möglich, festzustellen, daß entweder bei diesen Regimentern die Toten wieder lebendig werden, oder daß die Franzosen absichtlich derartige falsche Nachrichten verbreiten. Bei keinem der genannten Truppenteile kann von gänzlicher oder halber Vernichtung die Rede sein. Die Kompagnien weisen keine Verluste auf, die über das gewöhnliche Maß hinausgehen. Sie stehen sämtlich noch im Kampfe. Kein deutsches Regiment mußte infolge von Verlusten aus dem Kampfe gezogen werden. Hätten aber die Franzosen mit ihrer Behauptung recht, so wäre dies lediglich ein Schwächegeständnis der englischen und französischen Heere, die nicht einmal mit angeblich so dezimiertem Gegner fertig werden. (W. T. B.)

Die Stimmung in Lille.

Berlin, 22. April. Die Bevölkerung von Lille hatte sich vor allen anderen französischen Städten während der letzten drei Jahre besonders deutschfeindlich gezeigt. Jetzt scheint mit einem Male eine Sinnesänderung eingetreten zu sein. Seit Beginn der siegreichen deutschen Offensive hat man in Lille begonnen, vom Frieden zu reden. Ueberall hört man die Möglichkeit der Beendigung des Krieges erörtern und dahingehende Wünsche äußern. Die Hoffnung auf einen Sieg über Deutschland ist aufgegeben. Besondere Verstimmung herrscht darüber, daß Frankreich sich für England verbluten muß und dadurch dem Untergang entgegengeht. (W. T. B.)

Englische Verluste.

(Eigene Drahtmeldungen.)

b. **Genf**, 22. April. Die englischen Verlustlisten vom 1. bis 11. April weisen insgesamt 213 864 Namen auf.

b. **Zürich**, 22. April. Der „Secolo" meldet von der Westfront, daß seit dem 15. März 21 neue englische und amerikanische Divisionen auf französischem Boden eingetroffen seien.

Die Einberufung der Geistlichen in England.

London, 21. April. (Reuter.) Der Bischof von London erklärte in einer Ansprache, daß die Freistellung der Geistlichen nicht verhindern werde, daß in der Londoner Diözese alle Geistlichen im dienstfähigen Alter einberufen würden. In einem Gespräch teilte er noch mit, in jeder Gemeinde solle nur ein Geistlicher bleiben. Auf einer Versammlung von Bischöfen, die morgen stattfindet, werde der Beschluß gefaßt werden, daß dieser Grundsatz auch in anderen Diözesen angewendet wird. (W. T. B.)

Fleischnot in England.

Bern, 21. April. Laut „Petit Parisien" beabsichtigt der Lebensmittelkommissar Bovet angesichts der großen Fleischknappheit die Wiedereinführung fleischloser Tage. Voraussichtlich wird monatlich eine fleischlose Woche eingelegt. An weiteren fünf Tagen soll nur Pferdefleisch genossen werden. (W. T. B.)

Ein wichtiger japanisch-chinesischer Geheimvertrag.

London, 22. April. (Reuter.) „Daily News" erfährt aus Tientsin vom 16. April, daß nach Meldungen chinesischer Zeitungen ein wichtiger Geheimvertrag zwischen China und Japan abgeschlossen worden sei. (W. T. B.)

Die Japaner fliehen vor den Bolschewisten.

Amsterdam, 22. April. Die „Times" meldet aus Tokio, daß die Japaner in verschiedenen Küstenkolonien des Amurgebietes unter dem Drucke der Bolschewiki zu fliehen beginnen. (W. T. B.)

Sonnino zum Fall Clémenceau-Czernin.

(Stefani-Meldung.) **Am Schluß der Sonnabend-Kammersitzung bat Minister Sonnino den Abgeordneten Tittoni, nicht auf seiner Interpellation zu bestehen betreffend den neulichen Streit zwischen Clémenceau und der österreichisch-ungarischen Regierung über Vorschläge der Feinde zu Friedensverhandlungen.** Sonnino gab folgende Erklärung ab: Die italienische Regierung, die von ihren Verbündeten über diese verschiedenen Versuche unterrichtet worden ist, hatte niemals dagegen etwas einzuwenden. Sie gab den Verbündeten ihre unbedingte Ueberzeugung zu verstehen, daß diese Vorschläge und Unterredungen einen taktischen Zweck haben könnten. Die Regierung glaubte stets, daß es sich um Manöver des Feindes handle, zu dem doppelten Zweck Mißtrauen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten hervorzurufen und zu dem Zwecke, das natürliche Gefühl der Niedergeschlagenheit (!) auszunützen, das jede Nachricht von Friedensverhandlungen unter der Bevölkerung hervorbringen könnte. (W. T. B.)

Sonnino sagte in seiner Erklärung weiter: Bei der Zusammenkunft in Jean de Maurienne am 19. April 1917, wo wir mit unseren Verbündeten in den allgemeinen Richtlinien die Versuche Oesterreich-Ungarns prüften, bei der einen oder der anderen der alliierten Mächte einen Sonderfrieden zu erlangen, befanden wir uns in voller Uebereinstimmung und bekundeten in einer besonderen schriftlichen Verhandlung, daß es unzweckmäßig sei, in Verhandlungen einzutreten. Diese hätten bei der damaligen Lage eine schwere Gefahr mit sich gebracht und die Festigkeit des Bündnisses gefährdet. Uebrigens hat sich die italienische Regierung niemals mittelbar oder unmittelbar in irgendeiner Weise an einer ähnlichen Fühlungnahme mit dem Feinde beteiligt. Ich erkläre dies auch, um sofort das hinterlistige Gerede abzuschneiden, das der Feind oder die Flaumacher (Defaitisten) aller Richtungen über die angeblichen, von Oesterreich angebotenen Bedingungen oder über Verhandlungen mit ihm im Königreich verbreiten lassen. (Beifall.) Es wäre heute nicht zweckmäßig, in weitere Einzelheiten einzutreten, um nicht Erörterungen zu veranlassen, die allzu leicht dem hinterlistigen Zwecke unserer Feinde dienen könnten. (Lebhafter Beifall.) Ich bitte also den Abgeordneten Tittoni, nicht auf seiner Interpellation zu bestehen, die ich auf keinen Fall würde annehmen können. Dieser beharrte nicht darauf und erklärte sich für befriedigt, die wichtigen Erklärungen Sonninos veranlaßt zu haben. (W. T. B.)

Sonnino tut so, als sei die Bevölkerung der Entente dermaßen kriegswütig, daß sie „Niedergeschlagenheit" über jeden Versuch zum Frieden empfinde. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die Völker des Vielverbandes sich nach dem Frieden sehnen und Niedergeschlagenheit über die Vereitelung aller Friedensversuche durch ihre Regierungen empfinden.

Frankreich und der Kaiserbrief.

Bern, 22. April. Zum Briefe des Kaisers von Oesterreich melden französische Blätter ergänzend, die Kopie sei wenige Tage nach der Uebermittlung bei der Besprechung in Folkestone von Ribot Lloyd George übergeben worden. Der erste Kaiserbrief habe die Alliierten veranlaßt, eine Bitte um ergänzende Erklärungen zu stellen, worauf Prinz Sixtus den zweiten Kaiserbrief erhielt, der Poincaré und Ribot gleichfalls übermittelt wurde. Auf Grund des zweiten Briefes wurde, wie der „Temps" wissen will, beschlossen, den im Gang befindlichen Unterhandlungen nicht Folge zu geben.

Kammer- und Senatsferien in Frankreich.

Bern, 22. April. Laut Lyoner Zeitungen wurde am 18. d. M. von der Kammer ein Gesetzentwurf angenommen, wonach leerstehende möblierte und unmöblierte Wohnungen und Räumlichkeiten von der Regierung durch Vermittlung der Präfekten der einzelnen Departements zur Unterbringung von Flüchtlingen aus den besetzten Gebieten requiriert werden können. Die Kammer vertagte sich darauf bis zum 30. April. Der Senat nahm das von der Kammer bereits angenommene Projekt an, wonach die Präfekten auf Anordnung der Regierung ermächtigt sind, unbestellte Ländereien von Staats wegen bestellen zu lassen. Der Senat vertagte sich bis 7. Mai. (W. T. B.)

Italiens Versorgungsschwierigkeiten.

Rom, 21. April. In der Kammer erklärte der Verpflegungsminister Crespi: Während seiner Amtsführung habe sich der Verbrauch von Getreide um 25 Prozent vermindert. Heute hänge die Versorgung verschiedener Provinzen mit Getreide von den Beförderungsschwierigkeiten ab, die unerträglich seien. Die mit den Alliierten über die Kohlenversorgung abgeschlossenen Abkommen würden am nächsten Dienstag in Paris überprüft (!) werden infolge des feindlichen Vormarsches gegen das französische Kohlenbecken. Crespi führte weiter aus: Man muß sparsam wirtschaften, ohne sich allzu großer Entmutigung oder Besorgnis hinzugeben. Die Ernten an Brotgetreide in Italien, Amerika, Frankreich und England versprechen das Beste. Bei starker Einschränkung wird das Oel ausreichen. An Zucker herrscht Mangel. Der Käse reicht nicht einmal für die Heeresbedürfnisse aus. Ein wenig Geduld ist vonnöten. Man muß daran denken, daß wir im Kriege stehen. Der Krieg hat unsere Einfuhr ernstlich beschränkt; sie ist von 21 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 11 792 000 Tonnen im Jahre 1917 gesunken. Es ist unumgänglich nötig, daß die Ziffer von 17 Millionen Tonnen erreicht wird, die sich folgendermaßen verteilen: 8½ Millionen Tonnen Kohlen, 5½ Millionen Tonnen Lebensmittel und Düngerstoffe, 3 Millionen Tonnen anderer Waren, einschließlich Kriegsgerät. Die Arbeit des Kommissariats besteht darin, vom Auslande einen Zuschuß zu unseren Ernte- und Lebensmittelvorräten zu erhalten. Crespi kündigte an, daß am 28. April in Rom die zweite alliierte wissenschaftliche Beratung über die Verpflegungsfrage eröffnet werden wird, und schloß: Wenn die Kammer ihm ihr Vertrauen erhalte, so werde er fortfahren, still und ernst seine Pflicht zu tun, wie Italiens Söhne in den Schützengräben. (Lebh. Beifall.) (WTB.)

Die Bedrängnis durch den Unterseeboot-Krieg.

Wie aus italienischen Blättern ersichtlich ist, wird die Lebensmittelversorgung jede Woche knapper. Sie steht im Mittelpunkte der allgemeinen Besorgnis. In einigen Provinzen wird fieberhaft gearbeitet, um die Getreide-Erzeugung zu erhöhen. „Giornale d'Italia" klagt über die mangelhafte Zufuhr von Mais. Italien sei an der Maiseinfuhr ebenso interessiert, wie an der Weizen-Einfuhr, da beide Getreidearten zu Brot verbacken würden. Als Ursache der ungenügenden Einfuhr bezeichnet das Blatt ganz offen den Unterseeboot-Krieg, der sich noch immer sehr unangenehm fühlbar mache. (W. T. B.)

Die Regelung der baltischen Frage.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. April. Die Abordnung des vereinigten Landesrats von Livland, Estland, Riga und Oesel, die sich am Freitag abend von Berlin ins Große Hauptquartier begeben hatte, ist, wie wir hören, dort gestern vom Reichskanzler Grafen v. Hertling empfangen worden. Der Reichskanzler war beauftragt, ihr die Antwort des Kaisers auf den bekannten Beschluß des vereinigten Landesrats mitzuteilen. Danach spricht der Kaiser der baltischen Abordnung seinen wärmsten Dank aus für die ihm zum Ausdruck gebrachte Gesinnung, ist bereit, den baltischen Ländern den militärischen Schutz des Deutschen Reiches zu gewähren und sie bei der endgültigen Durchführung ihrer Loslösung von Rußland wirksam zu unterstützen. Ebenso ist er bereit, sie nachher auch formell als selbständige Staaten anzuerkennen. Er begrüßt ferner den Wunsch des Baltikums, aus Livland, Estland, Kurland und den vorgelagerten Inseln mitsamt der Stadt Riga einen einheitlich geschlossenen, monarchisch konstitutionellen Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung zu bilden und will dabei gern mit Rat und Tat zur Seite stehen, wie auch die Schaffung eigener Landeseinrichtungen ermöglichen. Mit besonderer Freude und Genugtuung hat der Kaiser endlich den Wunsch entgegengenommen, das Baltikum an das Deutsche Reich durch Personalunion mit dem König von Preußen anzuschließen. Endlich wird auch der erbetene Abschluß der erforderlichen Militär-, Münz-, Verkehrs-, Zoll-, Maaß-, Gewichts- und sonstigen Konventionen in Aussicht gestellt.

b. **Berlin**, 22. April. (Eig. Drahtmeld.) Dem stellvertretenden Ritterschaftshauptmann Günter Joege v. Manteuffel in Reval ist ein Telegramm des Kaiserlichen Kabinettsrates zugegangen, mittels dessen der Kaiser der estländischen Ritterschaft für ihren freundlichen Gruß herzlich danken läßt. Seine Majestät, heißt es weiter, sind voll sicherer Hoffnung, daß für die baltischen Herzogtümer eine Zeit freier freudiger Entwicklung angebrochen ist, die nach Kräften zu fördern dem Deutschen Kaiser und wachsenden Kreisen des deutschen Volkes Herzenssache sei.

Erneuerung des deutsch-holländischen Wirtschaftsabkommens

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. April. Die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Holland und Deutschland haben zu einer Erneuerung des am 31. März dieses Jahres abgelaufenen Wirtschaftsvertrages geführt. Der Inhalt des neuen Vertrages geht dahin, daß wir an Holland Kohlen und Holz, die Holländer an uns Lebensmittel, wie Käse, Gemüse, Butter und andere Fette liefern. Ferner sind wir mit Holland zu einer Vereinbarung gekommen über den Austausch von in Holland liegendem Schiffsraum gegen Schiffsraum, der sich in der Macht der Entente befindet und der mit Getreide nach Holland kommen soll. Die Entwürfe werden in wenigen Tagen der holländischen Regierung übermittelt.

Der Generalgouverneur von Belgien beim Reichskanzler.

Berlin, 22. April. Der Reichskanzler Dr. Graf von Hertling empfing heute im Großen Hauptquartier den Generalgouverneur in Belgien Generalobersten von Falkenhausen. (W. T. B.)

Die Friedensresolution.

Berlin, 22. April. Die Mitteilung einer Korrespondenz, daß zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit Verhandlungen über die Außerkraftsetzung der Friedensresolution vom letzten Sommer schweben, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt, unrichtig. (W. T. B.)

Beglückwünschungen zum Erfolge der 8. Kriegsanleihe.

Dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes sind nachstehende Telegramme zugegangen: 1. vom Reichskanzler: „Eurer Exzellenz übermittele ich zu dem mir soeben mitgeteilten vorläufigen Zeichnungsergebnis der 8. Kriegsanleihe meine herzlichsten Glückwünsche. Das deutsche Volk hat sich durch diese alle bisherigen Kriegsanleihen weit übertreffende Hergabe von Geldmitteln den im Felde siegreich kämpfenden Heeren würdig an die Seite gestellt. Beide zeigen der Welt, wie sehr sich unsere Feinde getäuscht haben, als sie glaubten, unser Friedensangebot als Zeichen unserer Schwäche auslegen zu können. Graf Hertling." — 2. vom Chef des Generalstabs: „Eurer Exzellenz spreche ich für die Mitteilung über das hocherfreuliche Ergebnis der 8. Kriegsanleihe meinen Dank und zu dem außerordentlichen Erfolg meine herzlichsten Glückwünsche aus. Dieser Heimatsieg bietet der Welt einen deutlichen Beweis für Deutschlands Kraft und Siegeszuversicht. Generalfeldmarschall v. Hindenburg." — 3. vom k. u. k. österreichischen Finanzminister: „In aufrichtiger Bewunderung des herrlichen Erfolges der 8. deutschen Kriegsanleihe bitte ich Eure Exzellenz, meine wärmsten und herzlichsten Glückwünsche entgegennehmen zu wollen. Finanzminister Frhr. v. Wimmer." (W. T. B.)

Deutscher Reichstag.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. April. Vizepräsident Dr. **Paasche** gedenkt, während das Haus sich erhebt, des Ablebens des Herzogs Friedrich II. von Anhalt. In einem Telegramm hat der Vizepräsident die lebhafte Anteilnahme des Reichstages zum Ausdruck gebracht. Vizepräsident Dr. Paasche weist dann auf den überaus großen Erfolg der achten Kriegsanleihe hin. Mehr als 14½ Milliarden Mark hat das deutsche Volk im vierten Kriegsjahre aufgebracht. Dieses hocherfreuliche Ergebnis wird hoffentlich mit dazu beitragen, daß die Neutralen und auch unsere Gegner davon überzeugt werden, daß die deutsche Frontkraft, wie an der Front, so auch in der Heimat, ungebrochen ist. (Beifall.) Dieser Sieg in der Heimat wird uns ebenfalls dem Frieden näherbringen. (Lebhafter Beifall.) Eingegangen ist das Gesetz zur Aufhebung des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung und das Arbeitskammergesetz. Zur Beratung steht der

Etat der Reichseisenbahnen.

Abg. **Haegy** (Els.) bringt wieder Beschwerden über Verkehrsschwierigkeiten, Zensurbeschränkungen und ausgedehnte Paßkontrolle für Elsaß-Lothringen vor. — Abg. Graf **Westarp** (kons.): Der vorliegende Antrag, eine Nachprüfung des Reklamepachtvertrages mit dem Verleger der „Nordd. Allg. Ztg.", Reimar Hobbing, eintreten zu lassen, habe nur den Charakter einer Demonstration. Seine Freunde würden daher dagegen stimmen. — Abg. Dr. **Quarck** (Soz.) fordert Lohnerhöhung für die reichsländischen Eisenbahnarbeiter. — Der Chef der Reichseisenbahn, Minister **von Breitenbach**, erklärt, daß in der Lohnfrage das Nötige getan worden sei. Im Jahre 1913 verdienten sämtliche Arbeiter im Durchschnitt 4,16 Mk., jetzt 8,60 Mk. Die vorgebrachten Wünsche würden sorgfältig geprüft. In der Frage des Vertrages mit Reimar Hobbing könnten wohl politische und geschäftliche Einwendungen gemacht werden, aber Rechtseinwendungen gäbe es nicht mehr. Der Vertrag sei rechtsgültig mit Hobbing abgeschlossen, weil das eine Persönlichkeit von großer Energie, Umsicht und Geschicklichkeit sei. Er habe schon 1912 ein geradezu aufsehenerregendes Werk über deutsche Eisenbahnen herausgegeben, das in der Welt geradezu Reklame für die deutschen Eisenbahnen gemacht habe. — Der Antrag auf Nachprüfung des Vertrages wird darauf abgelehnt, da die Linke nur ganz schwach vertreten ist. Der Etat der Reichseisenbahnen wird genehmigt. — Es folgt der Etat des

Reichseisenbahnamtes.

Der Reichstag hatte einen Antrag angenommen auf Einsetzung einer Fachkommission zur Prüfung der voraussichtlichen wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen einer Vereinheitlichung der Staatseisenbahnen unter Einbeziehung der Binnenwasserstraßen. Der Bundes-